

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr.-Ing. Rainer Jork, Katherina Reiche, Günter Nooke, Ilse Aigner, Günter Baumann, Hans-Dirk Bierling, Klaus Brähmig, Wolfgang Dehnel, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Gottfried Haschke (Großhenndorf), Norbert Hauser (Bonn), Georg Janovsky, Ulrich Klinkert, Manfred Kolbe, Dr. Paul Krüger, Werner Lensing, Dr. Michael Luther, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Thomas Rachel, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Arnold Vaatz, Angelika Volquartz, Heinz Wiese (Ehingen) und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Lehrstellenmangel Ost mit wirksamen Regelungen angehen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland hat einen besorgniserregenden Stand erreicht. Ihre Bekämpfung ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe von höchster Priorität, denn an der Qualität, aber auch an der Zahl qualifiziert ausgebildeter Menschen hängt letztlich die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Mit besonders großer Besorgnis muss vor diesem Hintergrund die Situation in den neuen Bundesländern gesehen werden. So war die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 25 Jahren im März 2000 im Osten Deutschlands mit 18,0 % fast doppelt so hoch wie im Westen unseres Landes (9,0 %). Diese Entwicklung gefährdet auch in hohem Maße den langfristigen Erfolg der Bemühungen um eine selbsttragende Wirtschaft in Ostdeutschland.

Grundsätzlich ist daher jede Maßnahme, die einen Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit leistet, zu begrüßen. Entscheidend für den Erfolg jeder Maßnahme muss allerdings sein, dass sie die Menschen in den 1. Arbeitsmarkt integriert.

Das von der Bundesregierung wieder aufgelegte Sofortprogramm „Jump“ hat in den neuen Ländern nicht die gewünschten Verbesserungen der Lage erbracht. Das Gegenteil ist sogar der Fall, binnen eines Jahres (März 1999 bis März 2000) hat sich der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren um 14,2 % erhöht. Eine Auswertung des Programms durch die Arbeitsämter im Land Brandenburg, die exemplarisch für die neuen Länder ist, belegt dies. Von den 10 097 Teilnehmern am Programm im Jahr 1999 sind nur 235, also weniger als 2,5 % in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen worden. In den alten Ländern lag die Quote bei 15,2 %. Mit 936 Teilnehmern haben weniger als 10 % der Teilnehmer eine reguläre Ausbildung aufgenommen. Dafür wurden

fast 1/3 der Teilnehmer (3 355) in einer AB-Maßnahme untergebracht. Ein weiteres Drittel (3 347) fand Platz in kurzzeitigen Trainingsmaßnahmen und Nachqualifizierungsprogrammen, etwa im Bereich von Hauptschulabschlüssen. Die restlichen Jugendlichen, fast 20 % der Teilnehmer, stiegen vorzeitig aus dem Programm aus.

Letztlich muss sich das Programm an der nachhaltigen Integration der Teilnehmer in den 1. Arbeitsmarkt messen lassen. Hier hat sich „Jump“ in vielen Fällen als kontraproduktive Konkurrenz zu Programmen der Länder erwiesen. Es gibt eine Vielzahl von Oberstufenzentren in Ostdeutschland, deren Klassenstärken durch „Jump“ halbiert wurden. Die Jugendlichen wurden durch die wesentlich bessere Bezahlung bei einer Maßnahme des Programms von einer zukunftsrichtigen Berufsausbildung abgebracht. Nach auslaufender Maßnahme finden sich diese Jugendlichen dann ohne Berufsabschluss in der Arbeitslosigkeit wieder.

Insgesamt werden in diesem Jahr, wie schon im vergangenen, rund 144 000 Jugendliche in den neuen Bundesländern eine Lehrstelle suchen. Doch gerade in der dualen bzw. betrieblichen Ausbildung konnten bisher aufgrund der geringen Lehrstellenkapazität nur sehr wenige Ausbildungsplätze im Rahmen des Programms angeboten werden.

Die Ausbildungssituation in den neuen Ländern hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Situation der ostdeutschen Betriebe ab. Entscheidend für die Stabilisierung der Lehrstellensituation in Ostdeutschland ist daher vor allem anderen die Stabilisierung dieser Unternehmen und die Stärkung ihrer Möglichkeiten zur Ausbildung. Dazu müssen vor allem die Rahmenbedingungen für diese Betriebe verbessert werden. Vielen Unternehmen fehlt es an Eigenkapital. Mangelnde Zahlungsmoral und eine instabile Marktlage verschlimmern die Perspektiven für Betriebe, die durchaus ausbilden wollen, aber objektiv dazu nicht in der Lage sind. Erstmals ausbildende Unternehmen verdienen besondere Unterstützung.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:

1. Die einzelnen Maßnahmen des Sofortprogramms „Jump“ müssen auf ihre Wirksamkeit – auch im Hinblick auf die spezifische Situation in den neuen Ländern – äußerst kritisch überprüft werden. Akzeptabel können nur Maßnahmen sein, die zur unmittelbaren Integration in den 1. Arbeitsmarkt führen.
2. Jegliche kontraproduktive Konkurrenz zu wirksamen Programmen der Länder muss beseitigt werden, da sie Jugendliche durch kurzfristige finanzielle Anreize zu falschen Entscheidungen verleitet und sie von sinnvollen Berufsabschlüssen abhält.
3. Es ist darauf zu achten, dass die „Pro-Kopf-Prämien-Förderung“ vor allem an finanzschwache kleine und mittlere Unternehmen gezahlt wird. Diese sind die zuverlässigsten Partner der dualen Berufsausbildung. Sie brauchen dringend Unterstützung, um ausbilden und einstellen zu können. Bei ihnen ist die Gewähr dafür gegeben, marktnahe und zukunftsorientierte Ausbildungsgänge anzubieten.
4. Bewerberinnen und Bewerber für kaufmännische Berufe mit abgeschlossener Berufsschulausbildung sind nur in besonderen Fällen durch weitere Qualifizierungsmaßnahmen, vor allem aber durch die Zahlung von Lohnkostenzuschüssen an entsprechende Arbeitgeber zu unterstützen.
5. Die Mobilität lehrstellensuchender Jugendlicher ist zu erleichtern. Angesichts immer höherer Kosten für individuelle und öffentliche Verkehrsmittel

ist das Pendeln zwischen Wohn- und Ausbildungsort durch angemessene Beihilfen zu unterstützen. Dabei ist auch die institutionelle Förderung von Lehrlingswohnheimen einzubeziehen.

6. Berufe mit innovativem Zukunftspotential, insbesondere die von der alten Bundesregierung geschaffenen neuen technischen und handwerklichen Berufe im IT-Bereich, sind gerade in den neuen Ländern zu fördern. Die Bundesregierung sollte daran anknüpfen und alle Anstrengungen unternehmen, weitere zukunftssträchtige Berufe zu schaffen.
7. Eine mittelstandsfreundliche Wirtschafts-, Finanz- und vor allem Steuerpolitik – auch unter der besonderen Berücksichtigung der Situation in den neuen Bundesländern – ist endlich zu beginnen, sie ist das wirksamste Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Berlin, den 12. April 2000

**Dr.-Ing. Rainer Jork**  
**Katherina Reiche**  
**Günter Nooke**  
**Ilse Aigner**  
**Günter Baumann**  
**Hans-Dirk Bierling**  
**Klaus Brähmig**  
**Wolfgang Dehnel**  
**Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)**  
**Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)**  
**Gottfried Haschke (Großhenndorf)**  
**Norbert Hauser (Bonn)**  
**Georg Janovsky**  
**Ulrich Klinkert**  
**Manfred Kolbe**  
**Dr. Paul Krüger**  
**Werner Lensing**  
**Dr. Michael Luther**  
**Erich Maaß (Wilhelmshaven)**  
**Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)**  
**Thomas Rachel**  
**Christa Reichard (Dresden)**  
**Hans-Peter Repnik**  
**Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)**  
**Dr. Erika Schuchardt**  
**Bärbel Sothmann**  
**Arnold Vaatz**  
**Angelika Volquartz**  
**Heinz Wiese (Ehingen)**  
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**

